

Motto: „Miteinander macht's einfach“

Kooperationsprojekt in Sachen Inklusion mit der Lebenshilfe Kreisvereinigung Rastatt/Murgtal

Von Ulrich Jahn

Gaggenau – Menschen mit und ohne Behinderung sollen im Alltag gemeinsam und gleichberechtigt leben, arbeiten und ihre Freizeit verbringen. Das verbirgt sich kurz gesagt hinter dem Begriff „Inklusion“. Die Lebenshilfe Rastatt/Murgtal ist an die Stadt Gaggenau herangetreten mit dem Wunsch, den Inklusionsprozess gemeinsam mit der Stadt als Partner in Gang zu bringen. Der Gemeinderat gab gestern Abend dazu einstimmig grünes Licht.

Hasso Schmidt-Schmiedebach, Vorsitzender der Lebenshilfe Rastatt/Murgtal, und deren Geschäftsführer Martin Bleier stellten ihre Überlegungen gestern Abend den Kommunalpolitikern vor. Bleier hatte zuvor seine Ansätze der Presse präsentiert.

Nicht nur in der Beziehung von Menschen mit und ohne Behinderung ist Verbesserungspotenzial vorhanden: Bleier führte ein Beispiel an: die Speisekarte in der Gastronomie. Es gibt Menschen, die nicht lesen können. Und welcher Deutsche weiß, was sich im Ausland in der Landessprache hinter den Buchstaben verbirgt? Abhilfe schaffen könnten bebilderte Speisekarten. Und auch Flüchtlinge könnten sich damit im Alltag etwas besser zurecht finden – ohne sprachliche Barrieren.

Lebenshilfe und Stadtverwaltung starten unter dem Slogan „Miteinander macht's einfach“ das Projekt, das natürlich nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kann. „Wir wollen, dass Inklusion zur Selbstverständlichkeit wird“, erklärte Oberbürgermeister Christof Florus. Durch gemeinsame Aktivitäten soll Menschen mit Behinderung die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben weiter erleichtert werden. Es gehe nicht nur darum, Barrieren abzubauen, sondern



Das gleichberechtigte Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung ist das Ziel der Inklusion.

Foto: dpa

auch neue Ideen zu entwickeln, wie Menschen mit Behinderung am Leben in der Stadt teilhaben können.

Als erstes wollen sich die beiden Partner auf zwei Bereiche konzentrieren. Im Fokus stehen die Felder Arbeit und Freizeit. In einer „Vorlauf- und Planungsphase“ soll mit Bürgerbeteiligung ein „Maßnahmenkatalog“ entstehen, in dem Handlungsempfehlungen und Priorisierungen für abgestimmte Bereiche definiert werden. Dieser Katalog sei als Arbeitspapier und Diskussionsgrundlage zu verstehen, betont die Verwaltung. Er solle sich den örtlichen Gegebenheiten und auch den finanziellen Möglichkeiten anpassen. Das Papier

diene somit als Orientierungshilfe, um innerhalb einer angemessenen Periode die Empfehlungen umzusetzen.

Die Vorlauf- und Planungsphase soll bis März 2016 dauern und mit einer großen Auftaktveranstaltung am 22. Oktober in der Jahnhalle beginnen. In dieser soll deutlich werden, wie gelebte Inklusion aussehen kann. Es gibt laut Bleier nicht nur bauliche Barrieren, sondern auch in den Köpfen. Betroffene und Bevölkerung sollen sensibilisiert werden, um sich in Arbeitsgruppen zu den Themen „Arbeit“, „Freizeit“ sowie „Handel und Gastronomie“ einzubringen.

Im kommunalen Baubereich sind DIN-Normen zu barriere-

freiem Bauen, Wohnen und für öffentliche Räume bereits Planungsgrundlage. Die Stadtverwaltung verweist in diesem Zusammenhang unter anderem auf den neuen Aufzug im Rathaus und den Bahnhofvorplatz. Barrierefreiheit in Bestandsobjekten sei „eine langfristige Maßnahme und nur bei Aufnahme in die Investitionsplanung möglich“, heißt es in der Sitzungsvorlage. Einfache und kostengünstige Lösungen könnten allerdings auch kurzfristig mit den vorhandenen Haushaltsansätzen realisiert werden, so die Verwaltung.

Bei allen Straßenplanungen – sowohl Neubau als auch Erneuerung – werde „seit Jahren eine rollstuhlgerechte Absen-

kung von Bordsteinen an Straßenkreuzungen“ eingeplant. Für nachträgliche Bordsteinabsenkungen stünden jährlich 10 000 Euro zur Verfügung.

Auch im Rathaus habe man sich Gedanken zur Thematik gemacht. Eine Arbeitsgruppe (AG) für den Inklusionsprozess wurde verwaltungsintern angestoßen, im Frühjahr gab es eine interne Bestandsaufnahme, um festzustellen, wo Handlungsbedarf innerhalb der Behörde besteht. Die AG soll amtsübergreifend Standards und Empfehlungen erarbeiten. Die Zusammenarbeit von Lebenshilfe und Kommune wird nach Angaben von Martin Bleier auch von der „Aktion Mensch“ gefördert.